

Weike warnt vor Folgen von Steuergeschenken

Gespräch mit CDU-Bundestagsmitglied Ralph Brinkhaus

Werther (mapu). Beim Blick auf die Finanzsituation der Stadt stellt Bürgermeisterin Marion Weike fest: »Es sieht trostlos aus in den kommenden Jahren.« Sie rechnet mit einem Defizit von jährlich zwei Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund bereite ihr die Bundespolitik große Sorgen, sagte Weike gestern dem CDU-Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus in ihrem Büro.

Nach seinem Einzug in den Bundestag hat sich Brinkhaus vorgenommen, alle Bürgermeister im Kreis Gütersloh zu besuchen, um ein persönliches Gespräch zu führen. Zwar gehört Werther nicht zu Brinkhaus' Gütersloher Wahlkreis, sondern zum Bielefelder, wo Lena Strothmann für die CDU gewählt wurde. »Doch ich bin

auch CDU-Kreisvorsitzender. Da liegen mir alle Städte im Kreis am Herzen«, sagte Brinkhaus.

Marion Weike sprach ihn dennoch hauptsächlich in seiner Funktion als Bundespolitiker an. Denn einige Vorhaben der schwarz-gelben Regierung bereiten Weike Unbehagen. Zum Beispiel das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz und weitere Steuersenkungen. »Diese Entlastungen scheinen auf den ersten Blick gut für die Leute zu sein. Doch das Problem ist, dass für die auf Bundesebene beschlossenen Steuergeschenke letztlich die Kommunen aufkommen«, gab Weike zu bedenken. »Für den Einzelnen kaum spürbare Steuersenkungen« führten dazu, dass finanziell klamme Städte vor Ort Angebote streichen müssten. Wei-

ke: »Den Bürgern muss deutlich gemacht werden, dass weniger Steuern auch weniger Leistungen seitens der Kommunen bedeuten.«

Ralph Brinkhaus äußerte Verständnis und erklärte, er höre diese Bedenken nicht zum ersten Mal: »Viele Ihrer Amtskollegen teilen diese Meinung.« Mit Blick auf eine mögliche Steuerreform mit einem neuen Stufenmodell

Millionen-Defizit im Haushalt

stellte der gelernte Steuerberater denn auch fest: »Wir müssen gewährleisten, dass diese Reform sich mit den Einnahmen der Kommunen deckt. Zugleich muss der Mittelstand unbedingt steuerlich entlastet werden.«

Eine grundlegende Reform wünscht sich Marion Weike auch beim Gemeindefinanzierungsgesetz, das den Finanzausgleich zwischen Land, Kreis und Kommunen regelt. Die Bürgermeisterin verwies auf die Kreisumlage, die Werther zu entrichten hat: »Wir haben einen Umsatz von 13 Millionen Euro und müssen davon 6,5 Millionen an den Kreis weiterreichen. Das sind Belastungen, die kaum zu kompensieren sind.«

Solche Ausgaben auf der einen Seite und Einnahmeausfälle wegen der Wirtschaftskrise auf der anderen führen laut Weike in den kommenden Jahren zu einem Haushaltsdefizit von jährlich zwei Millionen Euro. Gegenmittel gebe es kaum, sagte Weike: »Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen wie das Freibad oder die Bibliothek streichen würden, könnten wir nur 800 000 Euro einsparen.« Ralph Brinkhaus erklärte, sich für eine Überarbeitung des Gemeindefinanzierungsgesetzes einzusetzen, »auch wenn das eine Jahrhundert-Aufgabe ist.«



CDU-Bundestagsabgeordneter Ralph Brinkhaus hat gestern Bürgermeisterin Marion Weike einen Besuch abgestattet.
Foto: Marco Purkhart